

Von Korfu nach Athen: Ein Neubeginn für die Sicherheitskooperation in Europa?

OSZE-Instrumentarium bietet neue Innovationskapazitäten

Vertrauensbildung in Moldau: Der Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts





Das OSZE-Magazin, das auch online verfügbar ist, wird von der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Englisch und Russisch herausgegeben. Die in den Artikeln zum Ausdruck gebrachten Meinungen

geben die Ansicht der Verfasser wieder und entsprechen nicht unbedingt der offiziellen Position der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten. Hinweis: Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten in gleicher Weise für männliche wie weibliche Funktionsträger.

Redaktion: Patricia N. Sutter

Gestaltung: Nona Reuter

Druck: Manz Crossmedia

Kommentare und Beiträge richten Sie bitte an:
oscemagazine@osce.org

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

A-1010 Wien (Österreich)

Tel.: (+43-1) 514 36-6278 Fax: (+43-1) 514 36-6105

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat sich die Verwirklichung von Stabilität, Wohlstand und Demokratie in ihren 56 Staaten zum Ziel gesetzt. Sie will dies durch politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch eine auf nachhaltige Veränderungen abzielende praktische Arbeit erreichen.

OSZE-Organe und -Institutionen

Ständiger Rat (Wien)

Forum für Sicherheitskooperation (Wien)

Sekretariat (Wien)

OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit (Wien)

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Warschau)

Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (Den Haag)

Parlamentarische Versammlung der OSZE (Kopenhagen)

Feldoperationen

Südkaucasus

OSZE-Büro in Baku

OSZE-Büro in Eriwan

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Zentralasien

OSZE-Zentrum in Aschgabad

OSZE-Zentrum in Astana

OSZE-Zentrum in Bischkek

OSZE-Büro in Tadschikistan

OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan

Osteuropa

OSZE-Büro in Minsk

OSZE-Mission in Moldau

OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

Südosteuropa

OSZE-Präsenz in Albanien

OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

OSZE-Mission im Kosovo

OSZE-Mission in Montenegro

OSZE-Mission in Serbien

OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

OSZE-Büro in Zagreb

Botschaft des Leiters der Einsatzgruppe des griechischen OSZE-Vorsitzes

Als Griechenland vor über neun Monaten den Vorsitz in der OSZE übernahm, gelobte es, nach Kräften zur Entschärfung der Spannungen und des Misstrauens im Großraum Europa beitragen zu wollen. Heute, knapp drei Monate vor Beendigung unseres Mandats, meine ich, von Fortschritten sprechen zu können, was auch einige Artikel in dieser Ausgabe des OSZE-Magazins belegen.



Wir sind entschlossen, bis zum Schluss engagiert weiterzuarbeiten. Denn es ist unbedingt notwendig, das Vertrauen zwischen den Staaten wiederherzustellen, ganz besonders angesichts der Ereignisse vom August 2008 in Georgien, um den Herausforderungen gewachsen zu sein, die sich heute für unsere gemeinsame Sicherheit stellen.

Im Bereich der Sicherheit sind wir alle eng miteinander verbunden. Wir alle empfinden Unbehagen darüber, dass der KSE-Vertrag nach wie vor in Schwebelage ist, noch dazu in einer Zeit, in der regionale Konflikte, ethnische Spannungen, Grenzstreitigkeiten und unsichere Beziehungen zwischen Nachbarn in offene Krisen auszuarten drohen. Außerdem geben Unsicherheit im Energiebereich, verfehlte Migrationspolitik, Menschenhandel, Terrorismus, gewalttätiger Fundamentalismus und Cybercrime Anlass zu großer Sorge und Nachdenklichkeit.

Vor diesem Hintergrund hat der griechische Vorsitz eine bahnbrechende konkrete Initiative zur Wiederherstellung von Vertrauen eingeleitet: den „Korfu-Prozess“. Anhand einer Reihe informeller wöchentlicher Treffen auf Botschafterebene bei der OSZE – einem idealen Forum für derartige Erörterungen – bietet der Vorsitz den Teilnehmerstaaten die Möglichkeit, einen strukturierten und doch offenen Dialog zu führen. Wir hoffen, dass die Ergebnisse dieser Beratungen dem Treffen des Ministerrats im Dezember in Athen vorgelegt werden können und den Anstoß zu einer schlagkräftigen gemeinsamen Reaktion auf die Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit unserer Zeit geben werden.

Bis dahin sind wir uns alle darin einig, dass die Schlussakte von Helsinki und andere wegweisende OSZE-Dokumente eine solide Basis für die weitere Arbeit bilden. Andere wichtige OSZE-Mechanismen, etwa die Plattform für kooperative Sicherheit, werden ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

Kernpunkt des Korfu-Prozesses ist unser gemeinsamer politischer Wille, die kooperative und unteilbare Sicherheit in Europa und über dessen Grenzen hinaus zu erhalten und zu stärken. Hand in Hand mit den Teilnehmerstaaten der OSZE, ihrem Sekretariat, den Feldoperationen und Institutionen wird der griechische Vorsitz alles in seiner Macht Stehende tun, um seine feste Zuversicht in unser gemeinsames Schicksal und seinen Wunsch nach friedlicher Koexistenz der Staaten unter Beweis zu stellen.

Botschafter Nikolaos Kalantzianos
Athen, 1. Oktober 2009

Aus dem Inhalt



INFORMELLES TREFFEN DER OSZE-AUSSENMINISTER

- 4 Lehren aus dem antiken Korfu: „Gemeinsame Odyssee zur europäischen Sicherheit“
Premierminister Kostas Karamanlis und die Amtierende Vorsitzende der OSZE, Außenministerin Dora Bakoyannis
- 6 Suche nach gemeinsamen Lösungen bringt „neue Dynamik“ in den Sicherheitsdialog
Auszüge aus den Gesprächen in Korfu

- 12 Der Korfu-Prozess
OSZE-Instrumentarium stärkt Innovationsfähigkeit
Generalsekretär der OSZE, Marc Perrin de Brichambaut
- 14 Von Korfu nach Athen
Ein Neubeginn für die Sicherheitskooperation in Europa?
Wolfgang Zellner
- 16 Rückblick – Ausblick
Wie der europäische Sicherheitsdialog begann
Thomas Fischer

VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDUNG IN MOLDAU

- 18 Der *Wienerwald* als Kulisse eines Treffens zwischen den beiden Seiten des Dnjestr/Nistru
Kenneth Pickles

ERNENNUNGEN

- 22 Ali Bilge Cankorel, Baku
Dimitrios Kypreos, Serbien
José-Enrique Horcajada Schwartz, Zagreb
Ivar Kristian Vikki, Tadschikistan





Korfu, 28. Juni 2009. Der OSZE-Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut (links), der griechische Premierminister Kostas Karamanlis und die Amtierende Vorsitzende der OSZE und griechische Außenministerin Dora Bakoyannis auf dem informellen Treffen der OSZE-Außenminister.

OSZE/GEORGE KONFANIS

Lehren aus dem antiken Korfu: „Gemeinsame Odyssee zur europäischen Sicherheit“

Die entspannte Atmosphäre und prachtvolle Naturkulisse Korfus (Kérkyra) vor der nordwestlichen Küste Griechenlands waren nicht die einzigen Vorzüge, die die Insel Ende Juni zum perfekten Treffpunkt einer informellen, aber ernsthaften und völlig offenen Diskussion über europäische Sicherheit machten. Die tiefe Verbundenheit der ionischen Insel mit der griechischen Mythologie war ebenfalls eine Quelle der Ermutigung und Inspiration für die Außenminister in ihrer zweitägigen Marathondebatte. Nachstehend einige Auszüge aus den Begrüßungsansprachen von Premierminister Kostas Karamanlis und der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Außenministerin Dora Bakoyannis:

Ich heiße Sie auf dieser Insel mit ihrer großen

Symbolik der neuen Hoffnung und des Neuanfangs herzlich willkommen. In Homers Odyssee ist Korfu die letzte Station des Odysseus vor seiner Ankunft in Ithaka, seinem endgültigen Ziel. Korfu bot ihm zwar nach seiner langen und abenteuerlichen Reise Ruhe und Erholung, doch es hatte auch seine Tücken, gerät Odysseus doch ständig in Versuchung zu vergessen, dass er noch nicht am Ziel ist und noch einige Meilen vor sich hat. In Korfu mobilisiert er seine letzten Kräfte und schafft es schließlich, auch noch das letzte Stück Weg in Angriff zu nehmen.

In diesem Jahr jährt sich zum zwanzigsten Mal der Fall der Berliner Mauer – eine gute Gelegenheit, auf die beachtlichen Fortschritte zurückzublicken, die uns in den letzten zwei Jahrzehnten gemeinsam gelungen sind. Der europäische Kontinent hat eine relativ lange Zeit von noch nie da gewesenem Frieden, von Sicherheit und Stabilität erlebt.

Doch die Herausforderungen, die sich uns nach

wie vor stellen, erinnern daran, dass noch viel zu tun ist. Die Vision eines geeinten Kontinents auf der Grundlage der universellen Grundsätze und unteilbaren Sicherheit, die in der Schlussakte von Helsinki von 1975 und der Charta von Paris von 1990 verankert sind, wurde noch nicht in ganz Europa verwirklicht. Wir haben viel erreicht, doch sind wir noch nicht ganz am Ziel.

Die Außenminister und Vertreter der 56 OSZE-Teilnehmerstaaten sind gemeinsam mit den Leitern wichtiger regionaler Organisationen, die im OSZE-Raum von Vancouver bis Wladiwostok tätig sind, nach Korfu gekommen, um einen neuen Anlauf zu nehmen. Ihre Hoffnung ist es, eine Reise fortzusetzen, die vor 35 Jahren in Helsinki begann, und ihr Ziel zu erreichen: ein freies und geeintes Europa, in Frieden mit sich selbst.

**Kostas Karamanlis, griechischer
Premierminister, 28. Juni 2009**

Im Jahr 433 v. Chr. entbrannte in der Meerenge

zwischen Korfu und Epirus auf dem Festland die Schlacht bei den Sybota-Inseln. Sie war zur damaligen Zeit die größte Seeschlacht, die jemals zwischen zwei griechischen Stadtstaaten ausgefochten wurde, und der unmittelbare Auslöser einer Auseinandersetzung, die später Peloponnesischer Krieg genannt werden sollte – ein erbarmungsloser Kampf zwischen Athen und Sparta, der im Verlauf von 27 Jahren Athen zerstörte, Sparta korrumpierte und Griechenland in Trümmer legte.

Thukydides, ein Athener General und Historiker, der auch in diesem Krieg kämpfte, beschrieb, was geschieht, wenn sich menschliche Gesellschaften in einem erbitterten Kampf gegenüberstehen. Er beschränkte sich in diesem Bericht jedoch nicht auf das Geschehen auf dem Schlachtfeld; sondern schilderte auch die verheerenden Auswirkungen auf die Umwelt, den brutalen Umgang mit den Mitmenschen und den Zusammenbruch der Wirtschaft.

Thukydides stellte fest, er schreibe dieses historische Werk nicht, um die Anerkennung seiner Zeitgenossen zu finden, sondern um der Nachwelt „ein Besitztum für immer“ zu hinterlassen. Er wusste, dass die Geschichte der Menschheit in einem sich ständig wiederholenden Zyklus abläuft. Und nun wissen auch wir – die wir uns mithilfe einer Sammlung einvernehmlich vereinbarter Grundsätze auf den verheißungsvollen Weg hin zu dauerhaftem Frieden gemacht haben – nur zu gut, was geschieht, wenn es zwischen menschlichen Gesellschaften zur Konfrontation kommt.

In der Tat war unser Umgang mit der europäischen Sicherheit in den vergangenen zehn Jahren verstärkt von Alleingängen und konfrontativen Handlungen geprägt. Viele unserer Teilnehmerstaaten haben mit Langzeitkonflikten, ethnischen Spannungen und ungelösten Grenzstreitigkeiten zu kämpfen. In manchen Ländern ist der Übergang zur Demokratie ins Stocken geraten oder bedarf neuer Impulse. Die Rüstungskontroll- und Vertrauensbildungsmechanismen Europas, darunter auch das Regime des KSE-Vertrags, müssen wieder auf Spur gebracht werden.

Am bedenklichsten ist vielleicht, dass Spannungen und Misstrauen im Großraum Europa seine Länder daran hindert, sich gemeinsam und solidarisch mit weltweiten Bedrohungen auseinanderzusetzen, die ihren Ursprung jenseits der Außengrenzen des OSZE-Raums haben.

Der Grund, warum wir hier in Korfu zusammengekommen sind, besteht nicht nur darin, das zu festigen, was wir gemeinsam auf dem Weg zu einer umfassenden und unteilbaren Sicherheit erreicht haben, sondern auch darin, uns unsere Schwächen und Misserfolge im Umgang mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vor Augen zu führen.

Fünfunddreißig Jahre nach Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki ist das Ziel eines „ungeteilten und freien Europas im Frieden mit sich selbst“ noch immer nicht erreicht. Ich bin jedoch überzeugt, dass es in Reichweite ist. Hier in Korfu, nur einen Steinwurf vom Ithaka Homers entfernt, hat unsere Odyssee zur europäischen Sicherheit gerade erst begonnen.

**Dora Bakoyannis, griechische Außenministerin
28. Juni 2009**

Sitzungen im Rahmen des Korfu-Prozesses: Leitthemen

Nach der Debatte in Korfu schlug der griechische Vorsitz vor, bei wöchentlichen informellen Sitzungen in Wien im Rahmen des europäischen Sicherheitsdialogs vorbehaltlich eventueller Änderungen die nachstehend angeführten Hauptthemen zu erörtern. Die „Sitzungen im Rahmen des Korfu-Prozesses“ auf Botschaferebene begannen am 8. September und werden bis knapp vor dem Treffen des Ministerrats am 1. und 2. Dezember in Athen fortgesetzt.

Gemeinsame Grundlagen und Verpflichtungen im OSZE-Raum

- Umsetzung der völkerrechtlichen Normen und Grundsätze im OSZE-Raum
- Kooperative Sicherheit statt Politik des Alleingangs
- Verschiedene Sicherheitsebenen im OSZE-Raum

Gemeinsame Herausforderungen politisch-militärischer Natur

- Vereinbarungen und Instrumente der Rüstungskontrolle und VSBM (vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen) und ihre Bedeutung für den Aufbau von Vertrauen
- Nichtverbreitung und unerlaubte Waffentransfers
- Terrorismus und Risiken aufgrund krimineller Aktivitäten
- Sicherheit im Cyberspace

Konfliktlösung im OSZE-Raum

- Friedliche Beilegung von Streitigkeiten
- Frühwarnung und Konfliktverhütung einschließlich Streitschlichtung
- Krisenmanagement
- Stabilisierung in der Konfliktfolgezeit
- Langzeitkonflikte im OSZE-Raum

Gemeinsame Herausforderungen in der menschlichen Dimension

- Menschenrechte und Grundfreiheiten
- Demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit
- Toleranz und Nichtdiskriminierung
- Medienfreiheit
- Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension

Gemeinsame Herausforderungen in der Wirtschafts- und Umweltdimension

- Energiesicherheit
- Auswirkungen des Klimawandels und anderer Umweltprobleme auf die Sicherheit
- Auswirkungen der Migration auf die Sicherheit

Im Zuge der Sitzungen im Rahmen des Korfu-Prozesses werden die Vertragsstaaten folgende Bereiche prüfen und auflisten:

- **Grundsätze**, die nicht konsequent eingehalten werden
- **Verpflichtungen**, die entweder nur zum Teil oder selektiv umgesetzt und subjektiv oder einseitig ausgelegt werden
- **OSZE-Mechanismen und -Verfahren** zur Konfliktverhütung und zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, die entweder nicht aktiviert wurden oder sich als unzureichend oder veraltet erwiesen haben

Zur Vorbereitung des Ministerratstreffens in Athen werden die OSZE-Botschafter drei große Anliegen verfolgen:

- die **Grundprinzipien** der umfassenden und unteilbaren Sicherheit
- die **bestehenden Verpflichtungen** in allen drei Dimensionen, die gestärkt und weiter umgesetzt werden sollen
- die **Notwendigkeit verstärkter Zusammenarbeit** im Krisenmanagement, in der Rüstungskontrolle und in der Reaktion auf neue Herausforderungen

www.osce.org/cio

Suche nach gemeinsamen Lösungen bringt „neue Dynamik“ in den Sicherheitsdialog

„Faszinierend, umfassend und offen“ nannte die griechische Außenministerin und Amtierende Vorsitzende der OSZE, Dora Bakoyannis, den informellen Gedankenaustausch zwischen den Außenministern der 56 Teilnehmerstaaten der Organisation in Korfu. Beim Abendessen im Achilleion-Palast am 27. Juni und am nächsten Tag im Corfu Imperial Hotel befassten sich die Außenminister mit drei Fragen: Wo haben wir es verabsäumt, die Grundprinzipien der umfassenden und unteilbaren Sicherheit zu beachten, und was können wir tun, um sie besser einzuhalten? Wie können wir die Umsetzung bestehender Verpflichtungen in allen drei Dimensionen verstärken, und brauchen wir dazu neue Mechanismen? Welchen Herausforderungen müssen wir uns am dringendsten widmen? Nachstehend finden sich Auszüge aus den Diskussionen und insbesondere Aussagen einiger der früheren bzw. zukünftigen OSZE-Vorsitze, die einen repräsentativen Querschnitt der geäußerten Meinungen wiedergeben.

Außenminister Sergei Martynow (Belarus)

erklärte, das gegenwärtige System in Bezug auf sowohl die militärische (hard security) als auch die nichtmilitärische Sicherheit (soft security) sei für alle unbefriedigend. Das sei für die Teilnehmerstaaten Grund genug, ernsthafte Verhandlungen über Bereiche der Übereinstimmung aufzunehmen. Belarus liege am Schnittpunkt zwischen den bestehenden großen Sicherheitsstrukturen – der NATO und der EU auf der einen Seite und der Russischen Föderation auf der anderen. Es gehöre der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (CSTO) an, die ihm wertvolle und konkrete Sicherheitsgarantien biete. Die CSTO sei jedoch eine regionale Sicherheitsübereinkunft und Belarus wünsche eine Sicherheitsgarantie für den ganzen Kontinent, die für ganz Europa und den OSZE-Raum gilt. Deshalb unterstütze es den Vorschlag der Russischen Föderation, einen gemeinsamen Sicherheitsraum zu schaffen, der alle einschließen und rechtlich verbindlich sein soll.

Außenminister Karel De Gucht (Belgien)

meinte, er frage sich manchmal, ob es nicht zu viele Organisationen gibt. Eine internationale Organisation, die überleben will, müsse beweisen, dass sie einen „zusätzlichen Wert“ zu bieten hat. Im Fall der OSZE seien dies die Feldoperationen, das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) und die Möglichkeit, – auf rechtlicher, nicht nur politischer Grundlage – als Ausgangspunkt für ein allgemeines Sicherheitsübereinkommen für den gesamten OSZE-Raum dienen zu können. Man solle sich darum bemühen, die Langzeitkonflikte auf die Tagesordnung zu setzen, da sie den Fortschritt behindern. (Anmerkung: Mitte Juli wurde Yves Leterne zum neuen belgischen Außenminister ernannt. Karel De Gucht wurde zum Kommissar der Europäischen Union für Entwicklung und humanitäre Hilfe berufen.)

Außenminister Per Stig Møller (Dänemark)

vertrat den Standpunkt, dass die Idee der OSZE mit neuem Leben erfüllt werden müsse. Aussagen der Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation aus jüngster Zeit, insbesondere jene über Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und nukleare Abrüstung, gäben Anlass zu Optimismus. Zu den Vorstellungen der Russischen Föderation von europäischer Sicherheit meinte er, es wäre interessant zu erfahren, welche Art von rechtsverbindlichen Instrumenten ins Auge gefasst und wer sie umsetzen würde.



OSZE/GEORGE KONTOYANNIS

Außenminister Bernard Kouchner (Frankreich) sah in den pragmatischen Gesprächen in Korfu eine Gelegenheit zur Wiederherstellung des Vertrauens. Ein mögliches weiteres positives Signal betreffe Georgien: Würde die Russische Föderation Fortschritte ermöglichen, indem sie den EU-Beobachtern die Möglichkeit gibt, jenseits der administrativen Grenzlinie tätig zu werden? Fortschritte im Dialog könne es nur dann geben, wenn er offen geführt wird und auf unterschiedliche Auffassungen eingeht, auch auf solche, die Georgien und Berg-Karabach betreffen. Die Kollegen sollten es vermeiden, von der Annahme auszugehen, dass „wir recht haben“, und sollten stets bereit sein, nach möglichen praktischen Lösungsmöglichkeiten zu suchen sowie „Herz und Kopf“ zu öffnen.

Der Stellvertretende Außenminister Giorgi Bokeria (Georgien) bezeichnete die Behauptung, die OSZE sei in Georgien gescheitert, als unfair. Es hätte sicherlich besser laufen können, doch sei die OSZE ihrer Rolle durchaus gerecht geworden. Man müsse den Dialog mit allen suchen, auch mit der Russischen Föderation, und man müsse in die Zukunft blicken, um eine gemeinsame Basis zu finden. Europa sei viel freier und stabiler als vor 30 Jahren und seit mehr Ländern der EU und der NATO beigetreten sind. Außerdem sei in diesen Ländern mehr Wohlstand und mehr Demokratie eingekehrt – und zwar nicht auf Kosten der Sicherheit Anderer. 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer hoffe man, dass keine weiteren Mauern irgendwo in Europa errichtet werden. Die NATO, die Östliche Partnerschaft der EU und die Diversifizierung der Energie bedeuteten keine Bedrohung, sondern Fortschritt und Chancen.

Außenminister Franco Frattini (Italien) merkte ebenso wie einige andere Redner an, dass der Sicherheitsdialog von unten nach oben geführt werden müsse, um die echten und konkreten Probleme der Bürger berücksichtigen zu können. Nahrungsmittelsicherheit, Klimawandel, organisierte Kriminalität, Menschenhandel und gewalttätige Radikalisierung seien nur einige der destabilisierenden Faktoren unserer Zeit, die in ihrer Kumulierung eine Art „vierte Dimension“ bildeten. Mit zunehmender Unsicherheit wachse auch das Gefühl der Frustration und Erniedrigung. Was nun nottue, sei eine offene, niemanden ausschließende und ergebnisorientierte intellektuelle Diskussion zur Untersuchung der tief liegenden Ursachen der Destabilisierung. Die Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft und die Schaffung eines politischen Frühwarnmechanismus im Vorfeld von Krisen könnten mithelfen, die Eskalation von Spannungen zu verhindern. „Wir sind offen für Neues“, sagte er. Es sei an der Zeit, die Schlussakte von Helsinki angesichts der gegenwärtigen Bedrohungen aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten.



OSZESUSANNA LOOF

1 – Achilleion-Palast, Korfu, 27. Juni 2009. David Miliband, Außenminister des Vereinigten Königreichs, Dora Bakoyannis, Amtierende Vorsitzende der OSZE und griechische Außenministerin, und Javier Solana, Hoher Repräsentant der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik



OSZESUSANNA LOOF

2 – Informelles Treffen der OSZE-Außenminister, Korfu, 28. Juni 2009. Die Außenminister Jean Asselborn (Luxemburg) und Edward Nalbandian (Armenien)



OSZESUSANNA LOOF

3 – OSZE-Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut und der georgische Stellvertretende Außenminister Giorgi Bokeria



OSZESUSANNA LOOF

4 – Informelles Treffen der OSZE-Außenminister

1 – Die Außenminister
Miroslav Lajčák (Slowakei)
und Vuk Jeremić (Serbien)



OSZE/SUSANNA LOOF

2 – Die Außenminister Sergei
Lawrow (Russische Föderation) und
Cristian Diaconescu (Rumänien)



OSZE/SUSANNA LOOF

3 – Rund 250 griechische und
internationale Journalisten
berichteten über die Veranstaltung



OSZE/GEORGE KONTRINIS

4 – Stehend: die Außenminister
Miguel Angel Moratinos (Spanien)
und Per Stig Møller (Dänemark);
sitzend: die Außenminister
Bernard Kouchner (Frankreich)
und Alexander Stubb (Finnland)



OSZE/SUSANNA LOOF

Außenminister Alexander Stubb (Finnland)

erklärte, der Beginn einer ernsthaften Diskussion über die Sicherheitspolitik in Europa habe einer Organisation, die seiner Meinung nach einige Jahre zuvor „scheintot“ war, neues Leben eingehaucht. Eine Liste mit anstehenden praktischen Aufgaben beinhalte unter anderem Georgien und andere Langzeitkonflikte, den KSE-Vertrag, den Klimawandel, Energiesicherheit und die menschliche Dimension einschließlich des Themas Toleranz. Es sei zu früh, sich zu einem möglichen Gipfeltreffen zu äußern, doch seien Vorschläge willkommen. Viel hänge davon ab, welche Fortschritte im Dezember in Athen gemacht würden. Der Prozess sei geeignet, allen 56 Teilnehmerstaaten ein Gefühl der Sicherheit zu geben.

Außenminister Marat Tazhin (Kasachstan)

gab einen Überblick über die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Fragen, die der OSZE-Gemeinschaft Sorge bereiten und denen sich der kasachische Vorsitz 2010 sicherlich widmen werde. Die Auffassungsunterschiede zum KSE-Vertrag und das Fehlen eines sinnvollen Sicherheitsrahmens im OSZE-Raum könnten sich negativ auf die Rüstungskontrollregime und auf Fragen der Nichtverbreitung auswirken. Langzeitkonflikte im OSZE-Raum schädigten die humanitären, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen und schürten Misstrauen zwischen den Parteien, was wiederum zur Aufrüstung führe. Viele Konflikte im OSZE-Raum hätten ihren Ursprung in ethnisch-religiösen Faktoren, weshalb er angeregt habe, 2010 eine große Konferenz über Toleranz abzuhalten. (Anmerkung: Anfang September wurde Kanat Saudabayev zum kasachischen Außenminister bestellt; Marat Tazhin ist nun Sekretär des Sicherheitsrats Kasachstans.)

Außenminister Luis Amado (Portugal)

erinnerte seine Kollegen daran, dass die postsowjetische Ära vorüber sei und dass das neue Zeitalter die Festlegung von vordringlich zu behandelnden Maßnahmen verlange, um mehr Stabilität und Sicherheit zu schaffen. Den Teilnehmerstaaten müsse klar werden, dass das bei einigen vorhandene Gefühl der Sicherheit und des Schutzes ihrer Hoheitsgebiete nicht unbedingt von anderen geteilt wird, wie das Vereinigte Königreich bereits festgestellt habe. Es sei wichtig, Konfrontationen durch einen Prozess des Engagements zu begegnen. Man solle den Zeitpunkt nutzen, vor allem auch weil sich die Länder in einer Finanz- und Wirtschaftskrise von noch unbekanntem Ausmaß und mit unbekanntem Folgen befinden.

Der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos begrüßte die vom Vorsitz gewählte

Struktur der Erörterungen und sah auch dem vom kasachischen Vorsitz angekündigten Dialog entgegen. Es bedürfe des politischen Engagements auf höchster Ebene, um ein neues Gefühl der Verantwortlichkeit und eine Atmosphäre zu schaffen, in der Fragen auf konstruktive Weise besprochen werden können. Die Teilnehmerstaaten sollten militärische und nichtmilitärische Sicherheit nicht nur als theoretisches Konzept verknüpfen, sondern dieses auch in praktisches Handeln umsetzen. Die Kollegen sollten sich auch über ein gut vorbereitetes Gipfeltreffen Gedanken machen.



1 – Benita Ferrero-Waldner, Kommissarin der Europäischen Union für Außenbeziehungen und die europäische Nachbarschaftspolitik, und der Stellvertretende US-Außenminister James Steinberg

2 – Die Außenminister Sven Alkalaj (Bosnien und Herzegowina) und Michael Spindelegger (Österreich)

3 – Der Achilleion-Palast in Korfu, in dem das informelle Treffen der OSZE-Außenminister am 27. Juni eröffnet wurde

Unter Hinweis auf die Trends der Kontinuität und des Wandels in der europäischen Sicherheit unterstrich der **Stellvertretende Außenminister James Steinberg (Vereinigte Staaten)** die in der Schlussakte von Helsinki verankerten Prinzipien. Die geschaffenen Institutionen hätten sich im Laufe der Jahre gut angepasst, und der durch die drei Dimensionen verkörperte umfassende Ansatz sei nach wie vor der Prüfstein für die europäische Sicherheit.

Die Teilnehmerstaaten müssten die Möglichkeiten der Institutionen und das ihnen zur Verfügung stehende „schlagkräftige“ Instrumentarium nutzen. Die Probleme, vor denen die Teilnehmerstaaten stehen, hätten ihren Ursprung großteils nicht im Fehlen von Fähigkeiten oder einer Rechtspersönlichkeit der Organisation sondern im mangelnden politischen Willen.

Was die OSZE vor allen anderen auszeichne, sei ihr Konzept der umfassenden und unteilbaren Sicherheit – „umfassend“ im Sinne von „alle einschließend“ und „multidimensional“. Dass die Teilnehmerstaaten die Multidimensionalität und die Verknüpfungen innerhalb des Sicherheitsbegriffs schon vor dem Ende des Kalten Kriegs erkannten, sei eine der großen Leistungen der OSZE gewesen. Nun gehe es darum, zu verstehen, dass dieses grundlegende Konzept nach wie vor Gültigkeit hat und unter Berücksichtigung von Änderungen und neuen Fragen aktualisiert werden muss.

Sicherheit sei kein „Nullsummenspiel“. Die Teilnehmerstaaten müssten zusammenarbeiten, wenn sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden wollen. Freie und offene Gesellschaften seien eine Grundvoraussetzung für die Sicherheit, ebenso wie gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Achtung. Der „Geist des Wandels“ werde auch von der neuen US-Administration und dem neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten selbst verkörpert.



1 – Die Außenminister Vygaudas Ušackas (Litauen) und Marat Tazhin (Kasachstan)

2 – Außenministerin Aurelia Frick (Liechtenstein)

3 – Der Ständige Vertreter bei der OSZE, Gilbert Galanxi (Albanien), und der Amtierende Außenminister Volodymyr Khandogiy (Ukraine)

4 – Die Außenminister Frank-Walter Steinmeier (Deutschland) und Franco Frattini (Italien)



1 OSZE



2 OSZE/SUSANNA LOOP



3 OSZE



4 OSZE/GEORGE MONTARINIS

Außenminister Sergei Lawrow (Russische Föderation) unterstrich die Wichtigkeit informeller Diskussionen, außerhalb von Blöcken, in denen die Teilnehmerstaaten frei und ohne jede aus Solidarität mit der EU oder der NATO an den Tag gelegte Zurückhaltung sprechen können. Ein Dialog über euro-atlantische Sicherheit könne in allen einschlägigen Foren, einschließlich der OSZE, fortgesetzt werden und sollte nicht von der Organisation monopolisiert werden, damit er sich nicht in deren bürokratischer Maschine verliert. Ein wichtiger Punkt wäre die Koordination zwischen fünf Sicherheitsorganisationen – der OSZE, der EU, der NATO, der GUS (Gemeinschaft unabhängiger Staaten) und der CSTO (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) – im neu belebten Dialog auf der Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit, und zwar auch unter Berücksichtigung des russischen Vorschlags betreffend die Abhaltung eines Treffens der Generalsekretäre und/oder Vorsitzenden dieser Organisationen Anfang 2010.

Es genüge nicht mehr, so Außenminister Lawrow, die Grundsätze und Verpflichtungen der OSZE nur zu bekräftigen; sie müssten auch praktisch umgesetzt werden. Die Russische Föderation habe bereits einen Beitrag in Form eines Vorschlags betreffend die Formulierung eines rechtsverbindlichen europäischen Sicherheitsvertrags geleistet.

Russland spreche sich außerdem weiterhin für die Fortsetzung der OSZE-Reform aus, um sie in ihrer Fähigkeit zur Durchführung konkreter Maßnahmen zu stärken. Die OSZE müsse in eine „normale“ und vollwertige internationale Organisation mit einem rechtsverbindlichen Gründungsdokument – einer Charta oder einer Satzung – umgewandelt werden.

Wenn die Teilnehmerstaaten weiterhin befänden, es sei alles zum Besten bestellt und keinerlei Handlungsbedarf gegeben, von welchem „Prozess“ sprechen sie dann? Das Konzept der unteilbaren Sicherheit sei zusammengebrochen, der politisch-militärische Bereich der OSZE sei nur mehr Stückwerk und das Projekt der umfassenden Sicherheit entwickle sich einseitig und planlos mit Schwerpunkt auf der menschlichen Dimension zum Nachteil der anderen Körbe, etwa der militärischen Sicherheit oder der Bereiche Wirtschaft und Umwelt.

Den Teilnehmerstaaten, die ihre Bereitschaft bekundet hatten, den russischen Vorschlag eines Vertrags im Bereich der militärischen Sicherheit in Europa in Erwägung zu ziehen, antwortete Außenminister Lawrow, er werde weiterhin in allen geeigneten Foren für dieses Konzept eintreten.

Außenminister Vygaudas Ušackas (Litauen) erinnerte seine Kollegen an die Errungenschaften des Gipfeltreffens von Istanbul und der Europäischen Sicherheitscharta. Die in der Charta vorgesehene Verbindung zwischen der nationalen Sicherheit und jener zwischen den Staaten sei nach wie vor von Bedeutung und es sei an der Zeit, sich ihrer als Quelle der Inspiration zu besinnen. Der Besitzstand der OSZE solle die Grundlage des Korfu-Prozesses bilden, der transparent und ohne voreilige Vorwegnahme seiner Ergebnisse weitergeführt werden sollte.

Außenminister Vuk Jeremić (Serbien) stellte fest, die OSZE habe in den vergangenen 30 Jahren eine wichtige Rolle gespielt, insbesondere in den 1990er Jahren auf dem Westbalkan; seither habe sich die Sicherheitslage im großeuropäischen Raum erheblich verbessert. Das derzeitige Sicherheitssystem habe in gewissen Fällen versagt und müsse verbessert werden. Sicherheit habe zwar viele Aspekte, doch habe Serbien angesichts seiner speziellen Situation und der Herausforderungen in Bezug auf seine territoriale Unversehrtheit keine andere Wahl, als die militärische Sicherheit in den Vordergrund zu stellen. Man brauche einen Mechanismus, um zukünftige Probleme zu vermeiden und bestehende Probleme zu lösen. Serbien wolle Teil eines Prozesses sein, der in einer Vereinbarung mündet, die bewirkt, dass in seinem Hoheitsgebiet kein eingefrorener Konflikt mehr besteht.



1 – Fotojournalisten beim informellen Treffen der OSZE-Außenminister

2 – Die Amtierende Vorsitzende der OSZE und griechische Außenministerin Dora Bakoyannis im Gespräch mit Journalisten

3 – Achilleion-Palast, Korfu, 27. Juni 2009. Nahezu alle 56 OSZE-Teilnehmerstaaten waren bei dem informellen Treffen auf Ministerebene vertreten.

Der amtierende Außenminister Volodymyr Khandogiy (Ukraine) stimmte jenen zu, die meinten, dass das gegenwärtige europäische Sicherheitssystem den derzeitigen Realitäten entspreche und keinen grundlegenden Umbau benötige. Es bedürfe allerdings einer „Teilsanierung“: Es sei zwar noch nicht zusammengebrochen, müsse aber repariert werden, bevor es zu spät ist. Erste Priorität müsse die bedingungslose Achtung und Einhaltung der wesentlichen Grundsätze der Souveränität, territorialen Integrität und der Nichtanwendung (oder Androhung) von Gewalt sein. Nun gelte es, diese Grundsätze mittels eines rechtsverbindlichen Dokuments fest zu verankern; ansonsten würde ein Mangel an politischer Entschlossenheit jede weitere Vereinbarung in weite Ferne rücken. Der Grundsatz, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken, gehe Hand in Hand mit dem souveränen Recht jedes Staates, sich Sicherheitsbündnissen anzuschließen. Das sei angesichts der unterschiedlichen militärischen Fähigkeiten der verschiedenen Länder des OSZE-Raums von besonderer Bedeutung.





OSZE-Instrumentarium stärkt Innovationsfähigkeit

Die Sicherheit in der euro-atlantischen und der eurasischen Region steht vor vielfältigen Herausforderungen – manche davon bestehen seit Langem innerhalb des OSZE-Raums, andere wieder haben ihren Ursprung außerhalb. Wie einige Außenminister in Korfu feststellten, ist die Sicherheit Europas eng mit der Sicherheit in Europa verknüpft. Da eine Vielfalt von Bedrohungen eine Vielfalt von Reaktionen verlangt, können wir diesen vor uns allen stehenden Herausforderungen nur dann erfolgreich begegnen, wenn Vertrauen zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten herrscht.

VON MARC PERRIN DE BRICHAMBAUT

Im OSZE-Raum gibt es zahlreiche Institutionen, die sich dem Sicherheitsdialog und gemeinsamem Handeln verschrieben haben. Sie operieren auf bilateraler, subregionaler und regionaler Ebene in dem von der Charta der Vereinten Nationen vorgegebenen Gesamtrahmen. Um besser auf alte und neue Herausforderungen innerhalb eines neu belebten europäischen Sicherheitsdialogs reagieren zu können, haben die OSZE-Teilnehmerstaaten die Möglichkeit, alle diese Institutionen entsprechend ihrem jeweiligen Mandat und Teilnehmerkreis in Anspruch zu nehmen.

In Korfu stellten mehrere Außenminister auch fest, dass die OSZE als die umfassendste Sicherheitsorganisation Europas mit dem größten Teilnehmerkreis als „Anker“ für diesen Prozess dienen könne. Wir sollten zur Innovation bereit sein und dabei größtmöglichen Nutzen aus bereits vorhandenen Werkzeugen aus dem OSZE-Instrumentarium und auch außerhalb davon ziehen.

Konkret bietet die OSZE fünf einzigartige Möglichkeiten:

- Die OSZE verfügt über mehrere Foren, die

unerlässlich sind, wann immer es um militärische Sicherheit in Europa geht, darunter das Forum für Sicherheitskooperation, die Gemeinsame Beratungsgruppe (zum Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa) und die Beratungskommission „Offener Himmel“. Für die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit dieses Grundpfeilers der Rüstungskontrolle und der Vertrauens- und Sicherheitsbildung in Europa müssen die Erfahrungen dieser Gremien genutzt werden.

- Die OSZE ist ein Forum für laufende politische Kontakte, in dem Langzeitkonflikte sowie neue Bedrohungen und Herausforderungen behandelt werden. Eine besondere Rolle spielen dabei der Vorsitz und die wöchentlichen Sitzungen des Ständigen Rates, die unter den europäischen Sicherheitsinstitutionen einzigartig sind.

- Die OSZE hat eine Reihe von Institutionen zu bieten, die die Umsetzung von Verpflichtungen in allen Dimensionen oder Aspekten der Sicherheit unterstützen – nämlich das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM) und den Beauftragten für Medienfreiheit.

- Die OSZE ist verschiedene Partnerschaften mit Staaten im Mittelmeerraum und in Asien eingegangen, die in der Auseinandersetzung mit Fragen der Sicherheit in Europa nützlich sind, zum Beispiel mit Afghanistan.

- Außerdem kann die Organisation auch als Clearinghouse für die Förderung der Zusammenarbeit mit und zwischen anderen internationalen Organisationen dienen. Sie unterhält ausgezeichnete Beziehungen zu den Vereinten Nationen, der Europäischen Union,

Korfu, 27. Juni 2009. Die griechische Außenministerin und Amtierende Vorsitzende der OSZE, Dora Bakoyannis, begrüßt Generalsekretär Marc de Perrin de Brichambaut beim informellen Treffen der OSZE-Außenminister. Foto: OSZE/George Kontarinis

der NATO und zum Europarat. Die Anwesenheit der EU, der NATO, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit bei dem Treffen in Korfu ist als Zeichen dafür zu werten, dass die OSZE effizientes Networking betreiben kann.

Dieser letzte Punkt ist wichtig. Die OSZE kann mithelfen, für Kohärenz in den Bemühungen der Teilnehmerstaaten um die Weiterführung ihres Dialogs in den unterschiedlichsten Kanälen zu sorgen. Dazu steht den Teilnehmerstaaten ein Mechanismus zur Verfügung – die 1999 geschaffene Plattform für kooperative Sicherheit (siehe Spalte rechts), die es ihnen ermöglicht, die OSZE zum Ort der Begegnung für Informationsaustausch und gegenseitige Abstimmung sowie zur Verhinderung von Doppelgleisigkeiten weiterzuentwickeln.

Um wirksam in diese Richtung arbeiten zu können, braucht die OSZE einen entsprechenden Auftrag von den Teilnehmerstaaten. Zu diesem Zweck verfassten diese im Rahmen der Schlussakte von Helsinki von 1975 die sogenannten „Zehn Gebote“ – die Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten leiten – und einigten sich 1990 auf die ehrgeizigen Ziele der Charta von Paris für ein neues Europa. Dabei machten sie aus einer Wanderkonferenz eine Organisation und schufen Institutionen (HKNM, BDIMR und Medienbeauftragter) und Feldoperationen zur Festigung des Konzepts der umfassenden und unteilbaren Sicherheit.

Jeder dieser Schritte erforderte den Mut, den Blick über Probleme des Augenblicks hinaus zu richten und sich einen Sicherheitsraum ohne Trennendes, fest verwurzelt in gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Werten, vorzustellen. Jeder Schritt verlangte den Willen, bei allen Auffassungsunterschieden und oft unter nicht unproblematischen Umständen gemeinsam zu handeln. Mit neuerlichem Mut und festem Willen können die Teilnehmerstaaten sich erneut dafür entscheiden, größtmöglichen Nutzen aus der OSZE zu ziehen.

2010 werden wir das fünfunddreißigjährige Jubiläum der Schlussakte von Helsinki und das zwanzigjährige Jubiläum der Charta von Paris feiern. Diese Meilensteine bieten den Teilnehmerstaaten eine ausgezeichnete Gelegenheit, wieder zusammenzukommen und einen Blick in die gemeinsame Zukunft zu richten. Das bisher Erreichte und der Rahmen des umfassenden Sicherheitskonzepts, das wir seit 35 Jahren verfolgen, geben den Teilnehmerstaaten reichlich Gelegenheit zu einer ausführlichen und konstruktiven Bestandsaufnahme der heutigen Sicherheitsstrukturen in Europa.

Botschafter Marc Perrin de Brichambaut ist Generalsekretär der OSZE.

Die Plattform für kooperative Sicherheit in Aktion, Korfu, 28. Juni 2009. Die europäische Kommissarin für Außenbeziehungen und die europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, der Stellvertretende NATO-Generalsekretär Claudio Bisognier und der Generalsekretär der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit, Nikolay Bordyuzha, beim informellen Treffen der OSZE-Außenminister.



Zehn Jahre Plattform für kooperative Sicherheit

Als die Staats- und Regierungschefs am 19. November 1999 auf dem OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul die Europäische Sicherheitscharta verabschiedeten, verpflichteten sie sich, die Wirksamkeit der OSZE durch die Entwicklung von Instrumenten zu stärken und neue Instrumente für Konfliktverhütung, Konfliktmanagement und die Stabilisierung in der Konfliktfolgezeit zu schaffen.

Der Charta wurde als operatives Dokument die Plattform für kooperative Sicherheit beigelegt, die ein „wesentlicher Bestandteil dieser Charta“ war und in dem sich die Teilnehmerstaaten „zu einem freien, demokratischen und integrierteren OSZE-Raum, in dem Frieden zwischen den Teilnehmerstaaten herrscht und jeder Einzelne und jede Gemeinschaft in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit lebt,“ bekannten.

Zehn Jahre später scheint es angesichts des durch den Korfu-Prozess neu belebten Dialogs über die Sicherheit in Europa sinnvoll, sich an das der Plattform zugrunde liegende Konzept zu erinnern und die von ihr gebotenen Mechanismen näher anzusehen.

Kurz gesagt verfolgt die Plattform folgende Ziele:

- „Förderung der auf gegenseitiger Verstärkung beruhenden Beziehung zwischen jenen Organisationen und Institutionen, die mit der Förderung der umfassenden Sicherheit innerhalb des OSZE-Gebiets befasst sind“
- Etablierung der OSZE als Dreh- und Angelpunkt für die Beziehungen und die Zusammenarbeit der OSZE mit anderen im OSZE-Gebiet tätigen Organisationen – und dadurch Definition einer einzigartigen Rolle für die OSZE
- „Förderung des Konzepts der Zusammenarbeit einander verstärkender Institutionen, die sich mit Sicherheitsfragen befassen,“ „auf der Basis der Gleichberechtigung und im Geiste der Partnerschaft“
- konsequente Verfolgung eines niemanden ausschließenden und offenen Ansatzes durch die Erklärung der Bereitschaft der OSZE zur „kooperativen Zusammenarbeit“ mit allen Organisationen und Institutionen, deren Mitglieder „einzeln und gemeinsam“ einen klar definierten Grundsatzkatalog einhalten
- Festlegung der allgemeinen Modalitäten der Zusammenarbeit sowohl auf Ebene der Zentralen als auch vor Ort, durch die eine Kultur der Zusammenarbeit zwischen den internationalen Organisationen im OSZE-

Gebiet entwickelt werden soll

- Unterstützung für die in der europäischen Sicherheitscharta enthaltene Bestimmung, in der die integrative Schlüsselrolle, die die OSZE „gegebenenfalls als flexibler Koordinierungsrahmen für die Zusammenarbeit“ spielen kann, „in dem verschiedene Organisationen ausgehend von ihren jeweiligen Stärken einen Synergieeffekt erzielen können“, anerkannt wird und
- Anerkennung der zunehmenden Bedeutung subregionaler Zusammenarbeit und Bekräftigung der Darstellung der OSZE in der Charta als ein „Forum für subregionale Zusammenarbeit“

Die OSZE organisiert verschiedene regelmäßige Treffen im Sinne der Plattform für kooperative Sicherheit. Zu diesen zählen die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz und die Jahrestagung der Allianz gegen den Menschenhandel, die beide erstmals 2003 stattfanden, Gespräche am Runden Tisch zur Bekämpfung des Terrorismus sowie Treffen mit Vertretern internationaler Organisationen vor Ort, die vom Konfliktverhütungszentrum der OSZE organisiert werden. In allen diesen Treffen unter der Führung der OSZE spielt die Teilnahme von Experten, Praktikern und Vertretern regionaler und subregionaler Organisationen eine außerordentlich wichtige Rolle für die Entwicklung einer „Kultur der Zusammenarbeit“.

„... Moderne Bedrohungen der Sicherheit sind dimensionsübergreifend und verlangen nach multilateralen Lösungen. Es bedarf einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen EU, NATO, den VN, dem Europarat, der OSZE und anderen. In den letzten Jahren hat sich die Arbeitsteilung innerhalb des internationalen Sicherheitsrahmens verbessert.

Auf dem Gipfeltreffen von Istanbul haben wir die Plattform für kooperative Sicherheit verabschiedet, um diese Art der Zusammenarbeit zu verstärken. Die Plattform hat nichts von ihrer Bedeutung verloren. Es entstehen neue Bedrohungen, während alte Bedrohungen neue Formen annehmen. Und viele seit Langem bestehende Konflikte harren noch immer ihrer Lösung. Unser politisches Umfeld ist alles andere als frei von Risiken. Die OSZE kann zu diesen internationalen Prozessen beitragen. Die Aktivitäten der OSZE, der VN und der NATO – oder des NATO/Russland-Rates – sind eng miteinander verknüpft.“

Der finnische Staatssekretär Pertti Torstila am 16. September 2009 im Forum für Sicherheitskooperation der OSZE

Von Korfu nach Athen

Ein Neubeginn für die Sicherheitskooperation in Europa?

Neue Entwicklungen mit großem Potenzial für wegweisende Veränderungen sind in ihrer Frühphase oft nur undeutlich erkennbar. Das informelle Treffen der OSZE-Außenminister auf der griechischen Insel Korfu am 27. und 28. Juni könnte sich durchaus als eine solche Entwicklung erweisen.

VON WOLFGANG ZELLNER

Der Zeitpunkt hätte gar nicht günstiger sein können: Im vergangenen Jahrzehnt war nahezu jedes wichtige Thema auf der Agenda der europäischen Sicherheitspolitik heiß umstritten – von neuen Waffensystemen, Bündnismitgliedschaft und Rüstungskontrolle bis zu Langzeitkonflikten, Energiesicherheit und der Auslegung eben jener Prinzipien, von denen sich die Staaten in ihrem Verhalten und Handeln leiten lassen sollen.

Die Amtierende Vorsitzende der OSZE und



Die Zukunft konventioneller Rüstungskontrolle in Europa, herausgegeben von Wolfgang Zellner, Hans-Joachim Schmidt und Götz Neuneck, wurde vor Kurzem vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik mit Unterstützung des deutschen Außenamtes als Zeichen der Ermutigung zu einem Neubeginn in der konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung in einem geänderten Sicherheitsumfeld veröffentlicht. Das Buch bietet auf 500 Seiten Beiträge führender Experten aus Europa, der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten auf Deutsch und Englisch.
www.nomos-shop.de

griechische Außenministerin Dora Bakoyannis brachte es in Korfu auf den Punkt: „In den letzten zehn Jahren war die europäische Sicherheitspolitik zunehmend von Alleingängen und konfrontativen Ansätzen geprägt. Weit hatte man sich vom Grundsatz der kooperativen Sicherheit, zu dem sich die OSZE-Teilnehmerstaaten 1990 in der Charta von Paris verpflichtet haben, entfernt!“ Außerdem, könnte man hinzufügen, schien es in letzter Zeit, als ob die OSZE-Teilnehmerstaaten fast 20 Jahre nach Unterzeichnung der Charta knapp davor standen, vieles von dem zu verlieren, was sie seit dem Ende des Kalten Krieges aufgebaut hatten.

Nun zeichnen sich neue Chancen am Horizont ab. Die erst seit kurzer Zeit im Amt befindlichen Präsidenten der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten haben ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert. So hat US-Präsident Barack Obama auf den „Reset Button“ für bessere

Beziehungen mit den Russen gedrückt, während sein Amtskollege Dimitri Medwedew einen neuen europäischen Sicherheitsvertrag vorgeschlagen hat.

Beide Länder bemühen sich äußerst aktiv um Fortschritte bei der Reduzierung strategischer Nuklearwaffen laut dem Start-Vertrag. Positive Entwicklungen in diese Richtung bis Jahresende würden die Aussichten auf einen konstruktiven Sicherheitsdialog beträchtlich verbessern, der von Europa zunehmend als der einzige Weg vorwärts favorisiert wird.

Angeichts des Krieges in Georgien im August 2008 – der alle endgültig wachgerüttelt hat – war die Note, mit dem das Treffen in Korfu zu Ende ging, ermutigend. Die Amtierende Vorsitzende der OSZE gab bekannt, dass sich die Minister „auf die Notwendigkeit eines offenen, nachhaltigen, umfassenden und alle einschließenden Sicherheitsdialogs geeinigt“ hätten und „einhellig die Meinung vertreten haben, dass die OSZE als Dreh- und Angelpunkt dafür prädestiniert sei.“ Sie ersuchte außerdem den Vorsitz des Ständigen Rates in Wien, „mit allen Teilnehmerstaaten Möglichkeiten eines strukturierteren Dialogs und ganz konkret die Schwerpunktbereiche unseres Dialogs und die Modalitäten seiner Durchführung zu sondieren“.

Der Anfang ist gemacht. Am 8. September begann eine Reihe von „Sitzungen im Rahmen des Korfu-Prozesses“ in Wien, und vor dem Ministerratstreffen in Athen Anfang Dezember sollen rund zehn weitere Sitzungen stattfinden. Der Weg wird allerdings lang und beschwerlich sein, und es wird immer wieder Rückschläge geben. Der Vertrauensverlust ist so groß, dass es selbst dann, wenn sich die Sicherheitsbeziehungen in Europa verbessern, Jahre dauern wird, um den entstandenen Schaden wieder gut zu machen.

Der nächste Schritt sollte eine gemeinsame Erklärung auf dem Athener Ministerratstreffen sein – eine Art „Fahrplan“, in dem die zu behandelnden Sicherheitsfragen und die entsprechenden Modalitäten festgelegt werden. Als erste derartige Erklärung seit dem Ministerratstreffen von Porto 2002 wäre sie als Durchbruch zu bezeichnen. Außerdem würde sie einen wertvollen Leitfaden für die zukünftigen Vorsätze Kasachstans und Litauens abgeben.

SCHLÜSSELPUNKTE DER AGENDA

Ein Punkt, der wahrscheinlich ganz oben auf der Tagesordnung stehen wird, ist die Rüstungskontrolle unter besonderer Berücksichtigung der Zukunft des angepassten Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa, der 1999 unterzeichnet wurde, jedoch niemals in Kraft getreten ist. Neben dem Vertrag über den Offenen Himmel ist der ursprüngliche KSE-Vertrag von 1990 das einzige rechtsverbindliche Dokument, auf das sich die europäischen Sicherheitsstrukturen stützen können. Im Grunde ist eine kooperative Sicherheit in Europa ohne das Fortbestehen und die Weiterentwicklung des KSE-Regimes undenkbar.

Ein weiterer wichtiger Punkt auf der Tagesordnung betrifft die ungelösten Konflikte in Moldau und im Südkaukasus. Diese nun schon seit fast 20 Jahren

schwelenden Konflikte scheinen völlig anachronistisch und belegen die Unfähigkeit der OSZE-Staaten, sich auf gemeinsame Lösungen zu einigen. Die friedliche Beendigung der Konflikte in Transnistrien, Abchasien und Südossetien sowie um Berg-Karabach wäre ein deutliches Zeichen der Reife der betroffenen Teilnehmerstaaten und ihrer Kompromissfähigkeit.

Ebenso wichtig sind Energiesicherheit und menschliche Sicherheit im gesamten OSZE-Raum. Getreu dem Grundsatz, dass auch die Sorgen selbst der kleinsten OSZE-Teilnehmerstaaten behandelt werden, sollte jedes zur Sprache gebrachte Thema auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Es steht zu hoffen, dass sich die Teilnehmerstaaten während des gesamten wieder in Gang gekommenen Dialogs darauf konzentrieren werden, konkrete Probleme vorausblickend zu lösen und nicht erneut Schlachten der Vergangenheit zu schlagen. Vertrauensbildende Maßnahmen werden dazu beitragen, das Vertrauen wieder herzustellen – nicht nur durch Worte, sondern durch Taten. So sollte z. B. Russland zumindest teilweise die Aussetzung des KSE-Vertrags widerrufen. Die Vereinigten Staaten haben bereits ihre Raketenabwehrpläne dahingehend geändert, dass die ursprünglich geplanten Dislozierungen in Europa nicht stattfinden werden.

Außerdem könnte ein früher Erfolg bei der Überwindung der Pattsituation in einem bedeutungsvollen aber nicht zu schwierigen Langzeitkonflikt den ganzen Prozess beschleunigen, indem gezeigt wird, dass Lösungen auf der Grundlage gegenseitigen Einlenkens möglich sind. Da die Lage in Moldau nun seit einiger Zeit „ruhig“ ist, könnte der Transnistrien-Konflikt ein guter Kandidat dafür sein, vor allem auch deshalb, weil er in Beziehung zu einer der umstrittensten europäischen Sicherheitsfragen, nämlich dem angepassten KSE-Vertrag steht.

Vor zwanzig Jahren blickte die Welt voller Hoffnung und Erwartung auf Entwicklungen in Europa, als die Staats- und Regierungschefs die Charta von Paris für ein neues Europa verkündeten: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Spaltung Europas ist zu Ende gegangen. ... Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit.“ Nun, dank dem Korfu-Prozess, könnte Europa vielleicht eine zweite Chance erhalten, die Relikte des Kalten Krieges ein für alle Mal zu begraben. Ob wir diese Chance zu nutzen wissen, wird ausschlaggebend für die Fähigkeit des Kontinents sein, gewaltige Herausforderungen unserer Zeit wie den weltweiten Temperaturanstieg oder die weltweite Armut zu bewältigen. Eines ist sicher: Nur durch Zusammenarbeit wird der euro-atlantische Raum in der Lage sein, seine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Nische in einer zunehmend globalisierten Welt zu bewahren und auszubauen.

Wolfgang Zellner ist Leiter des Zentrums für OSZE-Forschung (CORE) und Stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg. Er ist diplomierter Soziologe und Doktor der Politikwissenschaften der Freien Universität Berlin. Von 1984 bis 1991 war er Berater eines Abgeordneten zum Deutschen Bundestag in Fragen der Sicherheits- und Militärpolitik und der europäischen Rüstungskontrolle. Er hat zahlreiche Arbeiten über europäische Sicherheitsfragen, konventionelle Rüstungskontrolle, Fragen nationaler Minderheiten und die OSZE veröffentlicht.



Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) und der Vertrag über den Offenen Himmel sind rechtsverbindliche Dokumente. Sie sind zwar keine OSZE-Dokumente, stehen jedoch in enger Verbindung zur Organisation.

Der KSE-Vertrag und der angepasste KSE-Vertrag

Der als „Eckpfeiler der europäischen Sicherheit“ bekannte KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 in Paris von den Mitgliedern der NATO und des Warschauer Paktes im Rahmen der KSZE unterzeichnet. Er legte Obergrenzen für fünf konventionelle Waffenkategorien fest und schuf ein umfassendes Verifikationssystem durch Inspektionen vor Ort und den Austausch ausführlicher Informationen.

„Während der Auflösung des Warschauer Vertrags und des Zusammenbruchs der Sowjetunion 1991 erwies sich der KSE-Vertrag als außerordentlich wirksames Instrument zur Verteilung der militärischen Ausrüstung unter den ehemaligen Mitgliedern des Warschauer Vertrags und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion“, stellte der Leiter des Zentrums für OSZE-Forschung (CORE), Wolfgang Zellner, fest.

Auf dem OSZE-Gipfeltreffen von Istanbul 1999 unterzeichneten 30 Staaten den angepassten KSE-Vertrag (Übereinkommen über die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa), der dem aufgrund des Endes des Kalten Krieges geänderten Sicherheitsumfeld in Europa Rechnung trug.

Der angepasste KSE-Vertrag ist jedoch noch nicht in Kraft getreten. Einerseits erklärt eine Reihe von Vertragsstaaten, sie würden ihn erst ratifizieren, wenn die Russische Föderation ihre sogenannten „Verpflichtungen von Istanbul“ bezüglich Georgien und Moldau erfüllt hat, nämlich Abzug der Streitkräfte, Beseitigung der Munitionslager und Schließung der Militärstützpunkte. Andererseits steht die Russische Föderation auf dem Standpunkt, dass sie die meisten ihrer Istanbul-Verpflichtungen erfüllt hat und dass die Umsetzung der noch ausstehenden Verpflichtungen in keinem direkten Bezug zum KSE-Vertrag steht.

Vom 12. bis 15. Juni 2007 fand in Wien auf Ersuchen der Russischen Föderation eine „außerordentliche Konferenz“ der Vertragsstaaten statt, die jedoch ergebnislos verlief. Am 12. Dezember 2007 setzte die Russische Föderation die Umsetzung des KSE-Vertrags so lange aus, bis die anderen Staaten das Anpassungsübereinkommen ratifiziert und mit seiner Umsetzung begonnen hätten, da, so die Erklärung, die Bestimmungen des Vertrags im Widerspruch zur gegenwärtigen politisch-militärischen Situation stünden und keine Fortschritte bei der Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags zu verzeichnen seien.



Wien, 14. Juli 2008. Offizielle Vertreter der 34 Unterzeichnerstaaten des Vertrags über den Offenen Himmel – darunter die meisten europäischen Staaten, die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten – ließen vor der Hofburg aus Anlass des 500. Flugs nach dem Vertrag 500 Luftballons steigen. Laut dem Vertrag haben die Vertragsstaaten das Recht, unbewaffnete Beobachtungsflüge über den Hoheitsgebieten der anderen Vertragsstaaten durchzuführen, wodurch ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit, Stabilität und Vertrauensbildung geleistet wird. Der Vertrag über den Offenen Himmel wurde am 24. März 1992 in Helsinki unter der Schirmherrschaft der KSZE unterzeichnet und trat am 1. Januar 2002 in Kraft.



Finlandia Hall, Helsinki, 1. August 1975. Die Teilnehmer am Helsinki-Gipfel begrüßen die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki und den erfolgreichen Abschluss der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit tosendem Applaus.

Rückblick – Ausblick

Wie der europäische Sicherheitsdialog begann

„Wir stehen vielleicht am Beginn eines langen und mühsamen Prozesses“, erklärte die Amtierende Vorsitzende der OSZE und griechische Außenministerin Dora Bakoyannis auf dem informellen Treffen der Außenminister in Korfu. Sie erinnerte die Teilnehmerstaaten daran, dass „wir bei der Fortführung des Dialogs im Zuge des Korfu-Prozesses nicht vergessen dürfen, dass ein Brückenschlag zwischen unterschiedlichen Meinungen nicht von heute auf morgen geschieht. Bis zu dem Zeitpunkt, als die Staats- und Regierungschefs der KSZE 1975 in Helsinki zusammentraten, um letzte Hand an die Schlussakte von Helsinki zu legen, hatten die Teilnehmerstaaten über 2400 Sitzungen in Genf abgehalten und nahezu 5000 Vorschläge erörtert.“

VON THOMAS FISCHER

Nun, da die 56 Teilnehmerstaaten der OSZE einen Neubeginn im Dialog über die europäische Sicherheit in Angriff nehmen, hilft es vielleicht, die Dinge in ihrer richtigen Perspektive zu sehen, indem wir auf die multilateralen Vorbereitungsgespräche in den frühen 1970er-Jahren zurückblicken – jene Ereignisse, die der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und schließlich auch ihrer Umwandlung in die OSZE den Weg bereiteten.

Schon seit den 1950er-Jahren hatten die Sowjets versucht, den Gedanken einer Sicherheitskonferenz für Europa auf die Tagesordnung der Ost-West-Gespräche zu setzen. Sie wollten eine Diskussionsplattform für Fragen schaffen, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ungelöst waren. Da dieser Vorschlag jedoch in den ersten Jahren des Kalten Kriegs vorgelegt wurde, war der Westen kaum dazu bereit, ihn ernsthaft zu prüfen. Ganz im Gegenteil: Er wurde als Sowjetpropaganda abgetan, deren Ziel die langfristige Auflösung

der NATO und des Warschauer Paktes sowie der Rückzug des US-Militärs aus Europa sei. Als die Staaten des Warschauer Pakts 1966 ihre Bukarester Deklaration abgaben, in der sie ihre Vorstellungen über ein neues kollektives Sicherheitssystem für Europa präsentierten, kam vom Westen vorerst keine Reaktion.

Schließlich reagierte die NATO – wenn auch indirekt – im Juni 1968 auf den zunehmenden Druck der Forderungen des Ostens nach einer Sicherheitskonferenz, indem sie die Sowjetunion und ihre Partner zu Gesprächen einlud, in denen gegenseitige und ausgewogene Reduzierungen der Streitkräfte (MBFR) in Europa sondiert werden sollten. Von diesem Zeitpunkt an waren die MBFR-Verhandlungen für den Westen Voraussetzung für die Aufnahme irgendwelcher weiterer Gespräche über die europäische Sicherheit.

DER WENDEPUNKT

Die brutale militärische Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Warschauer-Pakt-Staaten im August 1968 bedeutete das vorläufige Ende dieses neuen „Dialogs“ zwischen Ost und West. Paradoxe Weise verlieh der durch diese Krise ausgelöste Schock dem Prozess eine neue Dynamik. Im März 1969 versuchte die Sowjetunion, ihre Forderung nach einer europäischen Sicherheitskonferenz durch den realistischen „Budapester Appell“ des Warschauer Paktes zu erneuern. Das östliche Bündnis verzichtete darin auf die Erwähnung der Auflösung der Militärbündnisse und auch auf die ausdrückliche Forderung nach dem Rückzug der ausländischen Truppen aus Europa. Man bestand lediglich, wenn auch unausgesprochen, weiterhin auf der Vorbedingung, dass der Status quo in Europa akzeptiert wird, also auf der Anerkennung des Staates Ostdeutschland.

An diesem Punkt kam unerwartet eine Initiative von dritter Seite – der finnischen Regierung. In einem Memorandum vom 5. Mai 1969 forderte Finnland alle europäischen Staaten sowie die Vereinigten Staaten und Kanada auf, sich zum Vorschlag einer umfassenden Konferenz über europäische Sicherheit zu äußern. Das neutrale Finnland brachte seine Bereitschaft zum Ausdruck, vorbereitende multilaterale Gespräche zu organisieren, und schlug Helsinki als Tagungsort eines abschließenden Gipfeltreffens vor. Wesentliche Elemente waren unter anderem die Teilnahme „aller betroffenen Staaten“ (einschließlich der Vereinigten Staaten und Kanadas sowie der beiden deutschen Staaten), keinerlei Bedingungen bezüglich des Inhalts der Tagesordnung und eine sorgfältige Vorbereitung der Gespräche.

IRREVERSIBLER PROZESS

Tatsächlich hatten die Finnen ihre eigenen Gründe, den Anstoß zu einer Sicherheitskonferenz zu geben: Sie wollten die Neutralität und Unabhängigkeit ihres Landes stärken. Heute wissen wir, dass die Finnen gar nicht damit rechneten, dass es wirklich zu dieser Sicherheitskonferenz kommen würde. Der Hauptzweck ihrer Initiative bestand im Grunde darin, angesichts ihrer schwierigen Beziehungen zu ihrem großen Nachbarn im Osten Zeit zu gewinnen.

Trotz des von den Finnen gewählten Ansatzes auf relativ niedriger Ebene wurden die meisten Vorbedingungen und Verfahren, die nötig waren, um die Gespräche auf die nächsthöhere Ebene zu bringen, in den Jahren 1970 und 1971 durch bilaterale Sondierungsgespräche des „mobilen“ finnischen Botschafters Ralph Enckell in verschiedenen Hauptstädten Europas und Nordamerikas festgelegt. Bis Ende 1970 hatten die meisten westlichen Regierungen zugestimmt, die Angelegenheit im multilateralen Setting einer „ambassadors' tea party“ in Helsinki weiterzuverfolgen.

Obwohl diese unverbindlichen vorbereitenden Konsultationen dem ausdrücklichen Zweck dienen sollten, die Möglichkeit für die Abhaltung einer Konferenz zu sondieren, machte ein britischer

Diplomat damals die nahezu prophetische Bemerkung: „Man geht hier sehr vorsichtig zu Werke, doch wird sich in der Praxis herausstellen, dass diese Gespräche in Helsinki vermutlich der Beginn eines irreversiblen Prozesses sein werden.“

Der Umstand, dass es weitere zwei Jahre dauern sollte, bis die eigentlichen Gespräche begannen, war hauptsächlich auf die ungeklärten territorialen Fragen in Europa und die parallel dazu laufenden Beratungen zwischen den Supermächten über den Beginn der MBFR-Gespräche zurückzuführen. Die Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens 1971 über den Status von Berlin und die bevorstehenden Verhandlungen über einen deutsch-deutschen Vertrag verliehen der Konferenzinitiative eine breitere und internationale Dimension. Im Mai 1972 gaben die NATO-Minister schließlich grünes Licht für die Abhaltung „multilateraler Gespräche zur Vorbereitung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ auf Ebene der Missionschefs in Helsinki. Als es US-Außenminister Henry Kissinger gelang, mit den Sowjets einen Handel betreffend den parallelen Verlauf des MBFR- und des KSZE-Prozesses zu schließen, stimmte die US-Regierung dem Eröffnungsdatum 22. November 1972 für die Gespräche zu.

LETZTE VORBEREITUNGEN

Der KSZE-Prozess begann im Konferenzzentrum Dipoli im Vorort Helsinkis Otaniemi. Zu Beginn der „Dipoli-Gespräche“ gab es nur wenige Vorbedingungen. Alles musste von Grund auf ausgehandelt werden, einschließlich der Tagesordnung und der Geschäftsordnung. Die Gleichberechtigung der Teilnehmerstaaten, die Konsensregel und der vertrauliche Charakter der Gespräche waren wesentliche Elemente. Der informelle Charakter der Diskussionen und die äußerst geringe Aufmerksamkeit der Medien halfen mit, zwischen den Delegationen eine vertraute Atmosphäre zu schaffen. Die Mitglieder der Blöcke vereinbarten auch sehr rasch eine in drei Stufen gegliederte Konferenz: ein Eröffnungstreffen auf Ebene der Außenminister, die eigentlichen Verhandlungen zwischen den Diplomaten und ein abschließendes Gipfeltreffen.

Die Erstellung der Tagesordnung für die Gespräche war schwieriger. Das war der Punkt, an dem sich die Präsenz der kleineren blockfreien Teilnehmerstaaten als besonders nützlich erwies. Die Delegationen der neutralen und blockfreien Staaten wollten für ihre eigenen Sicherheitsinteressen größtmöglichen Nutzen aus den multilateralen Gesprächen ziehen und legten beachtlichen Einflusssreichtum an den Tag.

So war es etwa der Schweizer Botschafter Samuel Campiche, der im Januar 1973 vorschlug, sämtliche inhaltlichen Vorschläge in vier „Hauptkörbe“ zu gruppieren: (I) politische und Sicherheitsangelegenheiten, (II) wirtschaftliche und verwandte Frage, (III) menschliche Kontakte, Kultur und Information und (IV) ein Helsinki-Folgeprozess. Das war der Ursprung der dreidimensionalen Gliederung der heutigen OSZE und ihres Rahmens für umfassende Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Ferner wurde eine Liste von zehn Prinzipien über die Beziehungen der Teilnehmerstaaten untereinander formuliert.

In den verbleibenden Wochen und Monaten der Dipoli-Gespräche, die im Juni 1973 zu Ende gingen, handelten die Delegationen Schlussempfehlungen aus, die die Mandate für die eigentliche Konferenz bilden sollten. Schließlich trugen zwei Jahre von Verhandlungen ihre Früchte, als die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am 3. Juli unter Beteiligung von 35 Staaten in der Finlandia Halle in Helsinki feierlich eröffnet wurde. Daran schloss sich eine wichtige Arbeitsphase in Genf an, in der sich vom 18. September 1973 bis 21. Juli 1975 erstmals in der Geschichte Diplomaten

in einem Verhandlungsprozess zwischen Ost und West engagierten. Das von den Finnen ins Auge gefasste Gipfeltreffen fand von 30. Juli bis 1. August 1975 statt, bei dem 35 Staats- und Regierungschefs die Schlussakte von Helsinki unterzeichneten, die als „Magna Charta der Entspannung“ bezeichnet wurde – eine Charta für die Beziehungen nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch zwischen den Staaten und dem einzelnen Bürger.

VON DIPOLI NACH KORFU

Vergleicht man die Anfänge des KSZE-Prozesses in Helsinki mit der jüngst gestarteten Initiative des Korfu-Prozesses, kann Folgendes festgestellt werden:

- Der Vorschlag Finnlands vom Mai 1969, eine europäische Sicherheitskonferenz abzuhalten, wurde vor dem Hintergrund des Kalten Krieges gemacht. Der Kontinent war in zwei ideologische Lager gleichen Gewichts gespalten, wobei der Gruppe der neutralen und blockfreien Staaten die potenzielle Rolle des „ausgleichenden Elements“ zufiel.
- Hauptanliegen der Vereinigten Staaten zur damaligen Zeit waren die Rüstungskontroll- und -begrenzungsgespräche (Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstung, SALT und MBFR) sowie der Ausstieg aus dem Krieg in Vietnam. Dadurch konnten die europäischen Mächte und die kleineren Staaten, die keinem Block angehörten, die Führung im KSZE-Prozess übernehmen.
- Als die Teilnehmerstaaten den Verhandlungsrahmen für die europäischen Sicherheitsgespräche festlegten, mussten sie bei null anfangen; es existierten keine Sicherheitsverhandlungen auf breiter Basis, die als Vorbild dienen konnten. Heute stützen sich alle am Korfu-Prozess Beteiligten auf die umfangreichen Erfahrungen der KSZE/OSZE.
- Der Krieg in Georgien im Sommer 2008 scheint Schockwellen durch Russland, Europa und die Vereinigten Staaten geschickt zu haben, ähnlich jenen, die durch die Krise in der Tschechoslowakei 1968 ausgelöst wurden.

Nach Jahren der gegenseitigen Schuldzuweisung scheinen sich die wichtigsten Akteure heute zumindest der Notwendigkeit bewusst zu sein, sich wieder an einen Tisch zu setzen, die bestehenden Auffassungsunterschiede zu besprechen und neue Wege zu ihrer Überwindung zu finden. Und auch hier könnte es sein, dass es wieder die kleineren europäischen Staaten in der OSZE-Region sind, die die Richtung vorgeben und den Meinungs austausch zu einem strukturierten Prozess machen.

Der Schweizer Historiker Thomas Fischer ist Research Fellow am Graduate Institute for International and Development Studies in Genf. Von 2004 bis 2008 führte er am österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP) in Wien ein umfangreiches Forschungsprojekt über die Rolle der neutralen und blockfreien Staaten in den KSZE-Verhandlungen durch.

Von seinen letzten

Veröffentlichungen sind zu nennen:

„A mustard seed grew into a bushy tree: The Finnish CSCE initiative of

5 May 1969“; Cold War History Journal, Band 9/2 (Mai 2009) und

„Neutral Power in the CSCE: The N+N States and the Making of the Helsinki Accords 1975“; (2009), www.nomos-shop.de



Gemeinsam an einem Tisch – über einem Maßnahmenkatalog

Begegnung beider Seiten des Dnjestr/Nistru vor der Kulisse des Wienerwalds



Zwei Tage lang war die kleine Stadt Mauerbach in den Hügeln vor Wien im Juni – unbeachtet von ihren Bewohnern – der Schauplatz eines ungewöhnlichen Ereignisses von erheblicher geopolitischer Bedeutung. Ihr bestes Hotel, ein beliebtes Ausflugsziel inmitten des Wienerwalds, war vom OSZE-Vorsitz und der OSZE-Mission in Moldau mit Sorgfalt für ein Treffen wichtiger Militär- und Sicherheitsverantwortlicher von beiden Seiten des Dnjestr/Nistru ausgewählt worden – sieben aus der moldauischen Hauptstadt Chişinău am rechten Ufer und ebenso viele aus der selbst ernannten transnistrischen Hauptstadt Tiraspol am linken Ufer.

VON KENNETH PICKLES

Mit seiner wunderbaren Szenerie und gemütlichen Atmosphäre bot sich Mauerbach geradezu als Schauplatz für eine Veranstaltung an, durch die die Voraussetzungen für Dialog und Zusammenarbeit zwischen der Regierung Moldaus und jener der abtrünnigen Region Transnistrien klimatisch verbessert werden sollten. Man hoffte; damit zu den langjährigen Bemühungen der OSZE zur Erleichterung der Verhandlungen um eine politische Beilegung des seit 17 Jahren schwelenden Konflikts beizutragen.

Die OSZE und andere internationale Experten lenkten die Diskussion auf das bestehende umfangreiche Paket militärischer und auf Sicherheit gerichteter „VSBM“ – vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen –, mit denen die Gefahr des Wiederaufflammens des bewaffneten Konflikts durch Abbau der Spannungen zwischen Chişinău und Tiraspol gebannt und mitgeholfen werden sollte, einen Prozess der Zusammenarbeit in allen Bereichen der Sicherheit in Gang zu bringen.

In seiner Eröffnung des Seminars im Namen des griechischen Vorsitzes erinnerte Botschafter Charalampos Christopoulos als Sonderbeauftragter der Amtierenden Vorsitzenden daran, dass diese VSBM ursprünglich 2004 und 2005 von den drei Vermittlern der Konfliktbeilegung entworfen worden waren – der OSZE-Mission, der Russischen Föderation und der Ukraine. In einer Demonstration der einstimmigen Unterstützung dieses Pakets hatten die Drei es im Juli 2005 dem moldauischen Präsidenten Wladimir Woronin und dem transnistrischen Führer Igor Smirnow

vorgelegt. (Wladimir Woronin ist nun Parlamentsabgeordneter und nach wie vor Chef der kommunistischen Partei.)

„Vertrauensbildung ist ein wichtiger Aspekt der Konfliktbeilegung und im militärischen und Sicherheitsbereich sicherlich am schwersten zu verwirklichen“, sagte OSZE-Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut vor den Teilnehmern.

„Das kann nur in einem Geist der Offenheit und Kompromissbereitschaft erreicht werden. Damit es dazu kommen kann, muss der Prozess auf höchster Ebene unterstützt werden.“

REICHE ERFAHRUNG

Die Einstimmung zur Diskussion war zwei

hervorragenden Experten mit umfangreicher praktischer Erfahrung in VSBM vorbehalten – Hans-Joachim Schmidt, Senior Research Fellow des Peace Research Institute Frankfurt, und Brigadegeneral (i. R.) Bernard Aussedat aus Frankreich, der in seiner Zeit bei der OSZE-Mission in Moldau der wichtigste Verfasser des VSBM-Pakets war.

Beide betonten die Wichtigkeit von Transparenz und Verifikation als Grundlage der Vertrauens- und Sicherheitsbildung zwischen Streitkräften.

Hans-Joachim Schmidt führte Beispiele erfolgreicher VSBM an, betonte aber auch, dass es besonders schwierig sei, solche Maßnahmen in ungelösten Statuskonflikten zu entwickeln – obwohl

Was sind VSBM?

Die Aushandlung, Umsetzung und Förderung eines in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Systems von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) wird weithin als einer der hervorragendsten Beiträge der KSZE/OSZE zu den Bemühungen der Teilnehmerstaaten um mehr Transparenz, Vertrauen und gegenseitige Zusicherungen im Sicherheitsbereich angesehen.

Die OSZE hat einen beeindruckenden Besitzstand an VSBM und normsetzenden Dokumenten in Bezug auf Datenaustausch und die Verifikation von Informationen über militärische Bestände und Aktivitäten entwickelt. Diese sowohl politisch verbindlichen als auch freiwilligen Maßnahmen sind in Vereinbarungen wie etwa dem Wiener Dokument 1999, den Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen, dem Dokument über den weltweiten Austausch militärischer Informationen, dem Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und dem Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition verankert.

Die ersten vertrauensbildenden Maßnahmen waren freiwilliger Natur und sollten, wie es in der Schlussakte von Helsinki von 1975 heißt, „zur Verminderung der Gefahr bewaffneter Konflikte und von

Missverständnis oder Fehleinschätzungen militärischer Tätigkeiten beitragen, die zu Befürchtungen Anlass geben könnten, insbesondere in einer Situation, in der den Teilnehmerstaaten klare und rechtzeitige Informationen über den Charakter solcher Tätigkeiten fehlen.“

Zdzislaw Lachowski, Senior Fellow am Internationalen Friedensforschungsinstitut in Stockholm und Autor zahlreicher Publikationen über militärische Sicherheit und Rüstungskontrolle in Europa, meint, dass „während des Kalten Krieges die in den VSBM vorgesehenen freiwilligen Regeln der Offenheit, Zurückhaltung und Zusammenarbeit in militärischen Angelegenheiten wesentlich zum Abbau der Spannungen in Europa und zur Verhinderung von Konflikten zwischen den rivalisierenden Blöcken beigetragen haben“.

Er beschreibt, wie die VSBM selbst nach dem Fall der Berliner Mauer weiterentwickelt wurden und mitgeholfen haben, trotz der bedeutsamen Veränderungen in Europa die Stabilität aufrechtzuerhalten.

Die Verhandlungen über VSBM, die zur Verabschiedung des Dokuments der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und Abrüstung in Europa im Jahr 1986 führten,

ebneten den Weg zu einem verstärkten politischen Dialog. Die in Stockholm vereinbarten Verpflichtungen wurden im Wiener Dokument 1990 weiter ausgebaut. Die späteren VSBM-Dokumente der Jahre 1992 und 1994, die im Geiste der kooperativen Sicherheit vereinbart wurden, waren Schritte auf dem Weg zu dem beim OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul verabschiedeten Wiener Dokument 1999.

Im Forum für Sicherheitskooperation der OSZE (FSK), das in wöchentlichen Sitzungen in Wien militärische Aspekte der Sicherheit im OSZE-Raum diskutiert und diesbezügliche Beschlüsse fasst, wird weiter über die zukünftige Entwicklung der VSBM verhandelt.

„Am Beginn des 21. Jahrhunderts werden das Konzept und der Prozess der VSBM heute in zunehmendem Maße in Anspruch genommen, um neue Risiken und Herausforderungen im Sicherheitsbereich zu bewältigen, auch in der nichtstaatlichen und der nichteuropäischen Dimension“, stellt Lachowski fest. „Man konzentriert sich verstärkt auf Maßnahmen und Vereinbarungen betreffend die Rüstungskontrolle unterhalb der Kontinentalebene – auf regionaler, subregionaler, bilateraler und zwischenstaatlicher Ebene – und interessiert sich mehr und mehr für die Frage, ob diese Ansätze außerhalb des europäischen Kontinents von Nutzen sein könnten.“



Das Forum für Sicherheitskooperation der OSZE (FSK) ist ein autonomes Beschlussfassungsorgan, in dem die Verhandlungen über VSBM stattfinden. Am 16. September lud das FSK den finnischen Staatssekretär Pertti Torstila (Mitte) und den Stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber Europa, General Sir John McColl (rechts), zur Erörterung von Sicherheits- und Verteidigungsfragen ein. Der derzeit vom Vereinigten Königreich geführte FSK-Vorsitz wurde von der Stellvertretenden Missionsleiterin für politisch-militärische Angelegenheiten in der Delegation des Vereinigten Königreichs, Berenice Gare (links), vertreten.



Oberst Sergiu Guțu vom Verteidigungsministerium Moldaus (links) stößt für ein Foto zur transnistrischen Delegation, und General Albert Moynard (mit Rücken zur Kamera) von der OSZE-Mission sieht zu. Trotz Dauerregens trug der gesellschaftliche Teil der Veranstaltung erheblich zur gelösten Atmosphäre bei. Die beiden Seiten trafen sich bei einem typischen österreichischen Heurigen, plauderten angeregt und protesteten einander zu.

VSBM den Parteien in solchen Fällen besondere Vorteile bringen.

„Wenn, wie in Moldau, eine sofortige Lösung unwahrscheinlich ist, können die Maßnahmen zumindest die Spannungen entschärfen,“ meinte er. „Außerdem präjudizieren VSBM-Vereinbarungen zwischen einem Zentralstaat und einer Entität, durch die praktische Probleme geregelt werden sollen, nicht die Lösung der Statusfrage an sich. VSBM im beiderseitigen Interesse der Parteien, wie jene in Bezug auf Katastrophenhilfe, können jedoch ein guter Ansatzpunkt sein.“

Bernard Ausseadot gab einen Überblick über

VSBM, die sich auf Bereiche wie Abrüstung, Einrichtung eines Koordinierungsgremiums, regelmäßiger Austausch militärischer Informationen, gegenseitige Inspektionen in Waffenfabriken und gemeinsame Ausbildung in friedensunterstützenden Operationen erstrecken. Er und die anderen Experten hätten sich weitgehend auf die Erfahrungen der OSZE und der internationalen Gemeinschaft durch den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, das Wiener Dokument und die regionalen Rüstungskontrollvereinbarungen gemäß dem Friedensübereinkommen von Dayton gestützt.

Flexibilität sei das A und O der Vorschläge, erklärte er, da sie die Möglichkeit einer selektiven Anwendung der verschiedenen Elemente und des Hinzufügens neuer Elemente böten.

„Nun geht es in erster Linie darum, einen dauerhaften Dialog durch eine Expertenarbeitsgruppe zu eröffnen, die diesen Prozess voranbringt,“ meinte Bernard Ausseadot.

PRODUKTIV UND NÜTZLICH

Beide Seiten anerkannten die Notwendigkeit für VSBM und begrüßten aufrichtig die Gelegenheit, an dem „produktiven und nützlichen“ Austausch teilzunehmen und die Meinungen internationaler Experten zu hören. Sie räumten auch ein, dass eine Zusammenarbeit zwischen ihren jeweiligen Strafvollzugsbehörden in ihrer beider Interesse liegt, und überlegten, wie eine solche Zusammenarbeit

Die OSZE in Moldau

www.osce.org/moldova

Im Frühjahr 1992 eskalierten die zunehmenden Spannungen zwischen der Regierung Moldaus und jener der abtrünnigen transnistrischen Region zu einem gewalttätigen Konflikt, der über 1000 Todesopfer forderte und über 100.000 Menschen vorübergehend zu Vertriebenen machte. Im Juli 1992 wurde in Moskau ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, und die Parteien verpflichteten sich, auf dem Verhandlungsweg zu einer Konfliktlösung zu gelangen.

1993 richtete der Vorläufer der OSZE, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, eine Mission in Moldau mit Sitz in der Hauptstadt Chișinău ein. Sie sollte bei der Aushandlung einer dauerhaften und umfassenden politischen Beilegung des Konflikts, der Festigung der Unabhängigkeit und Souveränität der Republik Moldau und einer Vereinbarung über einen Sonderstatus für die transnistrische Region mithelfen.

Die OSZE-Mission nimmt an der Gemeinsamen Kontrollkommission teil, die die Waffenruhe in der Sicherheitszone überwacht – dem Bereich an beiden Seiten einer „Kontrolllinie“, die die Streitkräfte der beiden Seiten trennt. Mitglieder der OSZE-Mission führen häufige Patrouillen innerhalb der Sicherheitszone durch.

Seit 1999 hat die Mission auch den Auftrag, die Beseitigung und Zerstörung von russischer Munition und russischen Rüstungsgütern aus der Region zu erleichtern und für Transparenz in diesem Prozess zu sorgen.

Darüber hinaus setzt sich die OSZE-Mission für zahlreiche Fragen der menschlichen Dimension ein, wie etwa Menschenrechte, einschließlich Sprachen- und Minderheitenrechte, Demokratisierung, Medienfreiheit und Kampf gegen den Menschenhandel.

Vertrauensbildende Bemühungen sind jedoch nicht auf den militärischen und Sicherheitssektor beschränkt. Die Aktivitäten zur Verbesserung des Dialogs und der Zusammenarbeit erstrecken sich über viele Themenbereiche, die die Kontakte zwischen den Menschen fördern und den Bewohnern auf beiden Seiten des Dnjestr/Nistru zu einem besseren Leben verhelfen.

So unterstützt die Mission etwa mehrere Expertengruppen auf beiden Seiten, die in ihren Sitzungen gemeinsame Aktivitäten sowie Projekte von beiderseitigem Interesse, darunter Gesundheitswesen und sozialer Schutz, Verkehr und Infrastruktur, Landwirtschaft und Umwelt sowie Handel und Wirtschaft, diskutieren und Sondierungsgespräche führen.

Die Mission in Moldau hat eine Außenstelle in Tiraspol und ein Büro in Bender, einer Stadt am rechten Ufer, die von den transnistrischen De-facto-Behörden kontrolliert wird. Dank dieser Präsenz steht die OSZE in ständigem und direktem Kontakt mit beiden Konfliktparteien und kann eine führende Rolle in der Koordination eines gemeinsamen Ansatzes zur Vertrauensbildung spielen.

Die Mission verfügt über 13 internationale Bedienstete, die von einem 37-köpfigen nationalen Team unterstützt werden.



Moldauische Soldaten bringen unter der Aufsicht der OSZE Plastiksprengstoff in einen Bunker, in dem Vorkehrungen für eine sichere Lagerung getroffen wurden.



Ein Pionier der moldauischen Armee bereitet ein funkgesteuertes System für die Sprengung von Sprengstoff vor.

Zerstörung von kleinen und leichten Waffen in Moldau

Bulboaca, ein Übungsgebiet etwa 35 km östlich von Chişinău. 2007 und 2008 unterstützte die OSZE das moldauische Verteidigungsministerium bei der Zerstörung von über 12.500 Schuss Artilleriemunition mit einem Gewicht von 336 metrischen Tonnen. Das von Finnland finanzierte Projekt war Teil eines umfangreichen Programms, mit dem die Regierung Moldaus dabei unterstützt werden sollte, sich bewährte Praktiken bei der Lagerung und Beseitigung von Kleinwaffen und leichten Waffen und konventioneller Munition zueigen zu machen. Eine derartige Unterstützung könnte als Teil des VSBM-Pakets auch den transnistrischen Behörden angeboten werden.

verwirklicht werden kann. Wie erwartet gab es Auffassungsunterschiede darüber, wann und wie VSBM anzuwenden sind, doch alle Teilnehmer vertraten ihre Ansichten in konstruktiver Weise.

Parallel zu den Hauptdiskussionen hielten Vertreter der sogenannten „5+2“-Gespräche – die drei Vermittler, Beobachter der EU und die Vereinigten Staaten sowie die Verhandlungsführer beider Seiten – informelle Konsultationen ab und kamen überein, Möglichkeiten zur Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses über die Konfliktbeilegung im offiziellen 5+2-Format zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Jahr zu besprechen. Die Ständige Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen der Beilegung des Transnistrien-Konflikts, wie das Format offiziell heißt, ist seit März 2006 nicht mehr offiziell zusammengetreten.

Es hatte zwar niemand erwartet, dass das Seminar im tiefsten Wienerwald einen dramatischen Durchbruch bewirken würde, aber es hat dennoch sein Ziel erreicht: Es gab den Spezialisten beider Seiten die Möglichkeit, wieder Kontakt zueinander aufzunehmen, Möglichkeiten zu überlegen, wie das VSBM-Paket umgesetzt werden kann und, was vielleicht am wichtigsten ist, über die Schaffung eines Mechanismus nachzudenken, der den Prozess voranbringen kann. Die Präsenz wichtiger, hochrangiger Vertreter aus den Bereichen Verteidigung, Inneres und Sicherheit beider Seiten war ein ermutigendes Signal, ebenso wie ihre

einvernehmlich verfasste Erklärung, in der sie ihre Bereitschaft zur Fortsetzung der Gespräche unter der Schirmherrschaft der OSZE zum Ausdruck brachten.

„Seither haben in Chişinău und Tiraspol bereits Folgetreffen mit der OSZE-Mission stattgefunden“, berichtet Botschafter Philip N. Remler, der Leiter der OSZE-Mission in Moldau. „Es liegt noch viel Arbeit vor uns, aber ein guter Anfang ist gemacht. Mit Geduld und gutem Willen und mithilfe der Erfahrung und des Know-hows innerhalb der OSZE hoffen wir auf weitere Fortschritte in den kommenden Monaten.“



Kenneth Pickles übernahm seine Aufgabe als Militärbeobachter in der OSZE-Mission in Moldau im Dezember 2004 nach einer zweijährigen Tätigkeit als Assistent vor Ort des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst (Berg-Karabach-Konflikt). Zuvor diente er in verschiedenen Teilen der Welt als Offizier der britischen Armee und absolvierte mehrere Einsätze in Bosnien Herzegowina, Kosovo und in Georgien. Von 1990 bis 1992 war er Rüstungskontrollinspektor.

Ivar Kristian Vikki übernahm am 15. September als Nachfolger von Botschafter Wladimir Pryakhin aus der Russischen Föderation den Posten des **Leiters des OSZE-Büros in Tadschikistan**.

Botschafter Vikki, ein norwegischer Staatsangehöriger, war von 1999 bis 2002 als Stellvertretender Leiter der OSZE-Mission in Georgien und von 2003 bis 2004 als Leiter des Menschenrechtsbüros der Vereinten Nationen in Abchasien (Georgien) tätig. Im April 2004 wurde er zum Leiter des OSZE-Zentrums in Almaty (später OSZE-Zentrum in Astana) (Kasachstan) bestellt; diesen Posten hatte er bis April 2008 inne.

„Meine Erfahrung im Kaukasus und in Zentralasien hat mich gelehrt, dass man stets bereit sein muss, zuzuhören und zu lernen, vor allem deshalb, weil jede OSZE-Feldoperation anders ist,“ sagte er. „Das werde ich auch bei der Planung unserer Programme und Aktivitäten in Tadschikistan bedenken und dafür sorgen, dass sie fest in den gemeinsamen Werten und Verpflichtungen unserer Teilnehmerstaaten verankert sind.“

Vor seiner Entsendung nach Georgien war er 1997 und 1998 Leiter des Büros des norwegischen Flüchtlingsrats und des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen in Wladikawkas (Nordossetien) und der Russischen Föderation.

Botschafter Vikki bekleidete von 1982 bis 1988 das Amt des Leiters der politisch-militärischen Abteilung des norwegischen Verteidigungsstabs, nachdem er von 1975 bis



OSZE/FRIZZA GULOMASINOVA

1981 die Aufgaben des leitenden Analysten dieser Abteilung wahrgenommen hatte. Von 1989 bis 1994 widmete er sich der Forschung in internationalen Angelegenheiten.

Zur Fortbildung nahm er am internationalen Ausbildungsprogramm des norwegischen Außenministeriums, am NATO Defence College in Rom und am norwegischen Senior Leadership Programm teil. Der Absolvent der Universität Oslo wählte als Fachgebiet amerikanische und englische Literatur. Er legte auch Prüfungen in russischer Literatur, Geschichte und politischen Wissenschaften ab.

Dimitrios Kypreos aus Griechenland trat am 21. September 2009 seinen Dienst als Leiter der OSZE-Mission in Serbien an. Vor seiner OSZE-Ernenennung war er seit 2006 griechischer Botschafter in Ungarn. Er diente auch als Botschafter seines Landes in der Russischen Föderation, wo er gleichzeitig in Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan akkreditiert war (1997 bis 2002), sowie in Deutschland (2002 bis 2005).

Zu Beginn seiner diplomatischen Laufbahn wurde er als Konsul nach Frankfurt, als Generalkonsul nach Mailand und als Botschaftsrat an die griechischen Botschaften in Paris und Prag entsandt.

Botschafter Kypreos hat aktiv zu verschiedenen Initiativen in Südosteuropa und im Rahmen der Europäischen Union beigetragen. Während des griechischen EU-Vorsitzes 1994 war er Verbindungsoffizier zur internationalen Konferenz über das ehemalige Jugoslawien, und er war auch in der Gruppe tätig, die den EU-Vermittler Lord Owen unterstützte.

Später wurde er zum Leiter der Abteilung Südosteuropa im griechischen Außenministerium bestellt (1995 bis 1997). Zuletzt war er Koordinator des südosteuropäischen Kooperationsprozesses während dessen griechischen Vorsitzes und nationaler Koordinator für den Stabilitätspakt für Südosteuropa (2005 bis 2006).

„Es ist mir eine große Ehre, mich wieder in den Dienst des Friedens und der Stabilität in Südosteuropa stellen zu dürfen, diesmal in enger Verbindung mit der OSZE und Serbien,“ sagte Botschafter Kypreos.



OSZE/MILAN OBRADOVIC

„Die Mission wird hier außerordentlich gut angenommen, da sie bisher gute Arbeit geleistet hat. Eine wichtige Herausforderung wird es für mich sein, in diese Richtung weiterzuarbeiten und dem Gastland dabei zu helfen, auf dem Weg zur europäischen Integration seinen Reformprozess erfolgreich weiterzuführen und sich die OSZE-Standards zueigen zu machen.“

Botschafter Kypreos absolvierte an der Universität Athen ein Rechts- und Wirtschaftsstudium. Neben seiner Muttersprache Griechisch spricht Botschafter Kypreos fließend Englisch, Französisch, Italienisch, Deutsch und Russisch.

Er folgt Botschafter Hand Ola Urstad aus Norwegen nach.

Ali Bilge Cankorel aus der Türkei wurde im April 2009 zum **Leiter des OSZE-Büros in Baku** bestellt. Der erfahrene Diplomat war von 1995 bis 1997 türkischer Botschafter in Afghanistan und von 2001 bis 2005 in der Ukraine.

Ferner vertrat er im Rahmen weiterer Diplomatenposten mit unterschiedlichen Aufgabebereichen die Türkei in Ottawa, Peking und im Büro der Vereinten Nationen in Genf.

In seiner Heimat Türkei war er in bilaterale politische Angelegenheiten und multilaterale Wirtschaftsfragen involviert, zuletzt als Berater des Außenministeriums und als Sondergesandter in mehreren Missionen. Er diente als Leiter der Abteilung Europäische Gemeinschaft/Angelegenheiten der Europäischen Union in der staatlichen Planungsorganisation des Amtes des Premierministers in Ankara, wo er im interministeriellen Koordinierungsausschuss für die Integration mit der Europäischen Union den Vorsitz führte (1987 bis 1991).

Botschafter Cankorel vertrat seine Regierung auch beim europäischen Menschenrechtsgerichtshof (1998 bis 1999) und war Koordinator des Staatsprotokolls (1999 bis 2001).

Der gebürtige Istanbuler schloss 1969 sein Studium der politischen Wissenschaften an der Universität Ankara ab und erwarb 1970 ein Mastersdiplom in internationalen Beziehungen an der Ohio State University.

Er folgt José-Luis Herrero aus Spanien nach, der zu Beginn dieses Jahres den Posten des Leiters der OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje antrat.



Der Spanier **José-Enrique Horcajada Schwartz** übernahm am 11. Mai 2009 das Amt des **Leiters des OSZE-Büros in Zagreb**. Er ist Nachfolger von Botschafter Jorge Fuentes Monzonis-Vilallonga, ebenfalls aus Spanien.

Seit September 2007 hatte Botschafter Horcajada verschiedene Funktionen in der OSZE-Mission in Kroatien inne (seit 2008 OSZE-Büro in Zagreb), unter anderem kurze Zeit als Leiter der Außenstelle Sisak. Vor seiner Ernennung leitete er die Führungsgruppe und war gleichzeitig amtierender stellvertretender Leiter des Büros.

Bevor er sich für eine Laufbahn in der Außenpolitik entschied, diente Botschafter Horcajada im königlichen Haushalt des spanischen Königs, im Präsidium der Regierung und in der Direktion für Verteidigungspolitik (Internationale Angelegenheiten). Er sammelte große Erfahrung in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, nachdem er in verschiedenen

Funktionen bei der spanischen Vertretung im Politischen und sicherheitspolitischen Ausschuss und in der Arbeitsgruppe der außenpolitischen Berater der EU in Brüssel tätig war.

1994 und 1995 arbeitete er für die EU-Überwachungsmission im ehemaligen Jugoslawien, zuerst als Beobachter in Tuzla, dann als leitender Einsatzoffizier für Bosnien und Herzegowina in Zenica und schließlich als Leiter des Büros der Beobachtungsmission der Europäischen Kommission für Zentralbosnien in Travnik.

Botschafter Horcajada Schwartz war früher Oberst in der spanischen königlichen Marine und absolvierte 1981 die spanische Marineakademie. Er spezialisierte sich auf Außenpolitik bei der Sociedad de Estudios Internacionales in Madrid und auf humanitäres Völkerrecht. Außerdem besuchte er die Schule für amphibische Kriegsführung in Quantico, Virginia.





Flaggen in der Altstadt Korfu machten auf das informelle Treffen der OSZE-Außenminister aufmerksam.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

www.osce.org
www.osce.org/publications
e-mail: oscemagazine@osce.org